

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:176238-2015:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Frankfurt (Oder): Straßenbahnpersonenwagen  
2015/S 097-176238**

**Auftragsbekanntmachung – Versorgungssektoren**

**Lieferauftrag**

Richtlinie 2004/17/EG

**Abschnitt I: Auftraggeber**

**I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder)

Böttnerstraße 1

Zu Händen von: Herrn Kuke

15232 Frankfurt (Oder)

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 3355648666

E-Mail: [tramffo2017@svf-ffo.de](mailto:tramffo2017@svf-ffo.de)

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse des Auftraggebers: <http://svf-ffo.de>

**Weitere Auskünfte erteilen:** die oben genannten Kontaktstellen

**Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:** die oben genannten Kontaktstellen

**Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:** die oben genannten Kontaktstellen

**I.2) Haupttätigkeit(en)**

Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

**I.3) Auftragsvergabe im Auftrag anderer Auftraggeber**

Der Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer Auftraggeber: nein

**Abschnitt II: Auftragsgegenstand**

**II.1) Beschreibung**

**II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:**

Beschaffung von Niederflurstraßenbahnen.

**II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**

Lieferauftrag

Kauf

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Frankfurt (Oder).

NUTS-Code DE411

**II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag

**II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung**

**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Herstellung und Lieferung von Straßenbahnfahrzeugen (Niederflur) nebst allen dazugehörigen Hilfs- und Nebenleistungen.

Die Straßenbahnfahrzeuge müssen für den Einsatz in Frankfurt (Oder) geeignet sein.

Aus diesem Grund müssen sie mindestens folgende wesentliche Anforderungen erfüllen:

- Fahrzeugart: Schienenfahrzeug;
- Fahrzeugbauart: Straßenbahn-Gelenkwagen (Einrichter);
- Wagenkastenrohbau: Korrosionsarmer Stahl geschweißt;
- Niederfluranteil: mind. 60 % bezogen auf die Nutzlänge des Fahrgastraumes;
- Fahrzeugbreite: 2 300 mm;
- Fahrzeuglänge: max. 28 000 mm;
- Bodenfreiheit:  $\geq 70$  mm;
- Fahrleitungsspannung: 600 V DC, umrüstbar auf 750 V DC;
- Kleinster Gleisbogenradius: 21,2 m;
- Streckenneigung: 5,5 %;
- Spurweite: 1 000 mm;
- Höchstgeschwindigkeit: 70 km/h;
- Radsatzlast (Achslast):  $\leq 10,5$  t;
- Fahrwerksbauart: Drehgestell- oder Einzelgelenkwagen;
- Achsabstand in den Drehgestellen  $\leq 2 000$  mm;
- Einstiegshöhe  $\leq 300$  mm;
- Fahrgasttüren: Außenschwenkschiebetüren;
- Kuppelbarkeit mechanisch: für den Bergesfall mit dem Bestandsfuhrpark (KT4D und GT6M);
- Geplante Nutzungsdauer: mindestens 32 Jahre;
- jährliche Laufleistung: ca. 50 000 km;
- Hüllkurven: Innerhalb der Hüllkurven der Bestandsfahrzeuge (KT4D und GT6M);
- Konformität mit Zulassungsverfahren nach deutschem Recht, insbesondere:
  - a. Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen (BOStrab), Schriften/Mitteilungen Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV),
  - b. Richtlinien des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI),
  - c. Richtlinien des Verbandes Deutscher Elektroingenieure (VDE),
  - d. Europäische Norm (EN) oder gleichwertig
  - e. Deutsche Industrienorm (DIN) oder gleichwertig.

Im Zweifel gilt die höherwertige Norm. Die genaue Angabe der geltenden Normen ist später den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Die Inbetriebnahme des ersten Fahrzeuges soll im Dezember 2017 abgeschlossen sein.

Eine detaillierte Leistungsbeschreibung samt Bewertungskriterien erhalten die Teilnehmer mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

34622100

II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**

13 Fahrzeuge, optional zusätzlich 2: Die Ausschreibung umfasst 13 Fahrzeuge. Optional werden 2 zusätzliche Fahrzeuge bestellt, also insgesamt bis zu 15 Straßenbahnen.

II.2.2) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen: Soweit das Verkehrsaufkommen dies notwendig macht, werden bis zu 2 weitere Straßenbahnen bestellt.

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Beginn 1.1.2016 Abschluss 31.12.2021

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

Im Falle eines Vertragabschlusses hat der Auftragnehmer zum Vertragsschluss eine Vertragserfüllungsbürgschaft sowie eine Mängelanspruchsbürgschaft dem Auftraggeber vorzulegen. Diese sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen, welche mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe verschickt werden.

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

Diese sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen, welche mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe verschickt werden.

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen:**

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen von jedem Bewerber, Bewerbergemeinschaft vorzulegen:

— Eigenerklärung zur Abwicklung in deutscher Sprache (Mindestkriterium);

— Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied auszufüllen und zu unterschreiben) – Gesetzestreue iSd § 21 SektVO, Liquidität und ordnungsgemäße Beitragsentrichtung sind Mindestvoraussetzungen der Eignung;

— Aktueller Auszug (nicht älter als 2014) aus dem Handelsregister oder dem Berufsregister (ausländische Bewerber legen eine gleichwertige Bescheinigung eines Gerichts oder einer Verwaltungsbehörde des Heimatstaates mit amtlich anerkannter Übersetzung vor);

— Bei Bildung einer Bewerbergemeinschaft eine Bewerbergemeinschaftserklärung;

— eine Erklärung über den Einsatz von Nachunternehmern oder Eigenerbringung;

— Aktueller Auszug (nicht älter als 2014) aus dem Handelsregister oder dem Berufsregister (ausländische Bewerber legen eine gleichwertige Bescheinigung eines Gerichts oder einer Verwaltungsbehörde des Heimatstaates mit amtlich anerkannter Übersetzung vor).

Qualifizierte Nachunternehmer müssen die Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit sowie eine Erklärung zum Unternehmen samt Verfügbarkeitserklärung abgeben. Daneben müssen sie auch einen aktuellen Auszug (nicht älter als 2014) aus dem Handelsregister oder dem Berufsregister vorlegen. Ausländische Nachunternehmer legen eine gleichwertige Bescheinigung eines Gerichts oder einer Verwaltungsbehörde des Heimatstaates mit amtlich beglaubigter Übersetzung vor.

Formulare für den Antrag und die Eigenerklärungen sind den Teilnahmebedingungen zu entnehmen, welche der potentielle Bewerber von der unter Punkt I.1) genannten Kontaktstelle auf Anforderung per E-Mail zugesandt bekommt.

### III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Um die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit der Bewerber festzustellen hat der Bewerber eine Erklärung zu Unternehmenskennzahlen abzugeben. Neben den allgemeinen Angaben zur Unternehmensvorstellung ist dort der Gesamtumsatz der letzten drei Geschäftsjahre zu benennen, sowie Angaben zu Versicherungen und künftigen notwendigen Bürgschaften zu machen. Als Mindestkriterien gelten Deckungssummen von 30 000 000 EUR für die Produkthaftpflicht- und 20 000 000 EUR für die Umwelthaftpflichtversicherung.

Ein Formularmuster hierzu ist den Teilnahmebedingungen zu entnehmen, welche der potentielle Bewerber von der unter Punkt I.1) genannten Kontaktstelle auf Anforderung per E-Mail zugesandt bekommt.

Bei Bewerbergemeinschaften ist sie von jedem Mitglied auszufüllen und zu unterschreiben, wobei die geforderte Deckungssumme für die Bewerbergemeinschaft insgesamt vorliegen muss.

### III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Die technische Leistungsfähigkeit wird der Bewerber durch die Vorlage mindestens einer Referenz für ein vergleichbares Projekt belegen können, welche nicht älter als 15 Jahre sein darf gemessen am Zulassungszeitpunkt. Dies ist eine Mindestvoraussetzung.

Die Leistung soll an die technisch leistungsfähigsten Bewerber bzw. Bieter vergeben werden. Aus diesem Grund werden alle vom Bewerber vorgelegten Referenzen bewertet.

Es ist jeweils das Referenzprojekt anzugeben und kurz zu beschreiben unter Nennung der Gesamtanzahl der gelieferten Schienenfahrzeuge, davon der Anzahl der 1-Meterspur-Fahrzeuge ebenso wie der Anzahl der Fahrzeuge, welche nach BO-Strab zugelassen wurden. Zu Benennen ist auch der durchschnittliche Zeitraum zwischen Lieferung und Inbetriebnahme der Schienenfahrzeuge und die Netto-Abrechnungssumme für das gesamte Referenzprojekt.

Einzelheiten und Erläuterungen zu den Bewertungskriterien und ihrer Gewichtung sowie das diesbezüglich auszufüllendes Formular sind den Teilnahmebedingungen zu entnehmen welche der potentielle Bewerber von der unter Punkt I.1) genannten Kontaktstelle auf Anforderung per E-Mail zugesandt bekommt.

Daneben ist eine Zertifizierung nach EN ISO 9001, DIN EN 15085-2 und EN ISO 14001 erforderlich.

Diese Zertifikate sind in Kopie dem Teilnahmeantrag beizulegen Die Originale sind auf Aufforderung der SVF zu Einsicht vorzulegen.

Bewerber aus anderen Mitgliedstaaten können gleichwertige Nachweise vorlegen.

Die Zertifikate hat jeder Einzelbewerber vorzuweisen, Bewerbergemeinschaften nur insgesamt. Qualifizierte Nachunternehmer müssen sie nicht vorweisen.

### III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

### III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

#### III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

#### III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

#### **Abschnitt IV: Verfahren**

**IV.1) Verfahrensart**

**IV.1.1) Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren): nein

**IV.2) Zuschlagskriterien**

**IV.2.1) Zuschlagskriterien**

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung aufgeführt sind

**IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion**

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

**IV.3) Verwaltungsangaben**

**IV.3.1) Aktenzeichen beim Auftraggeber:**

01/15/TRAMFFO2017

**IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags**

nein

**IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen**

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 3.6.2015 - 12:00

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

**IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

15.6.2015 - 12:00

**IV.3.5) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**

Deutsch.

**IV.3.6) Bindefrist des Angebots**

**IV.3.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

#### **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

**VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

**VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

**VI.3) Zusätzliche Angaben:**

Der Auftraggeber verzichtet aus technischen und wirtschaftlichen Gründen auf eine Aufteilung in Lose.

Die Leistung wird im Verhandlungsverfahren nach SektVO vergeben, mit vorgeschaltetem, offenen Aufruf zum Teilnahmewettbewerb in dem die Eignung, also die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit geprüft und bewertet wird. Die genauen Bewertungskriterien samt Gewichtung sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen, welche nach Aufforderung zugesandt werden. Es werden bis zu 5 Teilnehmer aufgefordert ein zunächst indikatives Angebot abzugeben.

Nach Eingang dieser Angebote werden diese auf Vollständigkeit geprüft und gegebenenfalls Unterlagen nachgefordert. Anschließend werden nicht ausgeschlossene oder ausgeschiedene Bieter zu ggf. mehreren Verhandlungsrunden eingeladen.

Das wirtschaftlichste Angebot bzw. Endangebot erhält den Zuschlag.

Die Inbetriebnahme des ersten Fahrzeuges soll im Dezember 2017 abgeschlossen sein.

Die genauen Bedingungen für den Teilnahmewettbewerb samt allen auszufüllenden Formblättern als Anlagen sind bei der unter I.1) genannten Kontaktstelle anzufordern. Sie werden dann den potentiellen Bewerbern per E-Mail zugeschickt.

Teilnahmeanträge samt Anlagen sind zwingend unter Verwendung der zugesandten Formblätter zu erstellen. Bei den Formularen handelt es sich um ausfüllbare PDF-Formate.

Im Falle von auftretenden Widersprüchen, Lücken zwischen den übermittelten Vordrucken und dem Bewerber abgegebenen Exemplar ist ausschließlich die von den Auftraggebern überreichte Fassung der Vordrucke maßgeblich.

Die Formulare zum Teilnahmeantrag sind auszufüllen zu speichern und auszudrucken. Sie werden in schriftlicher Form bei der unter I.1) genannten Kontaktstelle eingereicht. Zur besseren Bearbeitung werden die Bewerber/Bewerbergemeinschaften gebeten den schriftlichen Unterlagen einen Datenträger mit der elektronischen Form der ausgefüllten Formulare beizufügen.

Der Teilnahmeantrag mit allen Erklärungen ist in deutscher Sprache abzufassen. Sämtliche Kommunikation, d. h., Schriftverkehr sowie Gespräche und Verhandlungen im Rahmen des Vergabeverfahrens und der Vertragsdurchführung, werden ausschließlich in deutscher Sprache geführt. Urkunden in anderen Sprachen sind in deutscher, amtlicher Übersetzung vorzulegen.

Eine Kostenerstattung für die Erstellung der Teilnahmeanträge und Angebote findet nicht statt.

#### VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

##### VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer des Landes Brandenburg  
Heinrich-Mann-Allee 107  
14473 Potsdam  
DEUTSCHLAND  
Telefon: +49 3318661719  
Fax: +49 3318661652

##### VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Verstöße gegen die Vergabevorschriften hat ein am Auftrag interessiertes Unternehmen nach der Erkennung dieser unverzüglich dem Auftraggeber gegenüber zu rügen (§ 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB).

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (§ 107 Abs. 3 Nr. 2 und 3 GWB).

Teilt der Auftraggeber dem Unternehmen mit, dass er einer Rüge nicht abhelfen will, so ist ein Antrag für ein Nachprüfungsverfahren binnen von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Mitteilung zu stellen. (§ 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Die Unwirksamkeit eines Vertrages nach § 101b Abs. 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

##### VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

##### VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

18.5.2015